



Resolution der Geschäftsleitung

Arbeitslose nicht dem Markt überlassen

Die Zahl der Arbeitslosen ist bereits deutlich über die Grenze von 150'000 geklettert. Nicht mitgerechnet jene Personen, die derzeit noch von der Kurzarbeit profitieren, aber eine baldige Entlassung befürchten müssen. Doch damit nicht genug: Die Beschäftigung wird weiter zurückgehen. Nächstes Jahr wird die Arbeitslosenquote deutlich über 5 Prozent steigen. Weit über 200'000 Personen werden ohne Arbeit auf der Strasse stehen. Es droht ferner das Szenario eines „jobless growth“, einer Phase mit einem tiefen Wachstum, das die Arbeitslosigkeit nicht zu reduzieren vermag.

Doch es darf nicht sein, dass nun die Arbeitnehmenden die bitteren Folgen der Finanzkrise allein ausstehen müsse, nachdem der Staat den Verantwortlichen des Casino-Kollapses mit Milliarden aus der Patsche geholfen hat. Was jetzt von Bürgerlichen als Sparkurs propagiert wird, ist eine verantwortungslose und menschenverachtende Politik. Die Probleme werden zudem nur aufgeschoben: Je länger Arbeitslose weg aus dem Arbeitsmarkt sind und je stärker die Betroffenen durch eine Aussteuerung jegliche Strukturen verlieren, desto schwieriger wird die Wiedereingliederung sein. Die SP Schweiz verlangt, dass den Betroffenen mit den folgenden Massnahmen umgehend geholfen wird. Das ist ein zwingendes Zeichen der Solidarität und der ökonomischen Vernunft.

1. ALV-Taggeldzahlung verlängern

Angesichts der Schwere dieser Rezession muss die Taggeldzahl der Arbeitslosenversicherung (ALV) temporär für alle Arbeitnehmenden auf 520 Tage erhöht werden. Parallel dazu müssen Mittel für befristete Anstellungsmöglichkeiten von arbeitslosen Personen bereitgestellt werden. Die Finanzierung darf nicht über die bereits überforderte ALV, sondern mit einer temporären Aussetzung der Schuldenbremse über den ordentlichen Bundeshaushalt geregelt werden.

2. Bildungsperspektiven gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Jugendliche dürfen nach dem Schul- oder Lehrabgang nicht sich selbst überlassen werden. Alle Schul- und Lehrabgängerinnen sowie junge Arbeitslose bis 30 Jahren sollen bei ihrer Meldung beim RAV auf Wunsch in ein angepasstes Ausbildungs- oder Weiterbildungsprogramm überwiesen werden. Eine moderne Wissensgesellschaft kann und darf es sich nicht leisten, ihren Jugendlichen keine Chance zu geben.

3. Erfahrene Mitarbeitende im Betrieb behalten

Nach jeder Krise steht die Wirtschaft vor dem gleichen Dilemma, dass im Aufschwung die erfahrenen älteren Fachkräfte fehlen, die man vorher entlassen oder frühzeitig mit gekürzten Renten in die Pension geschickt hat. Der Wirtschaft geht durch die kurzfristige Marktlogik wertvolles Wissen verloren und die Menschen werden gleichzeitig ihrer Sicherheit und ihres sozialen Status beraubt. Darum müssen die älteren Arbeitskräfte unbedingt im Arbeitsprozess gehalten werden.

4. Nachhaltige und umsichtige ALV-Revision statt blindwütige Sparkeulen

Die von Bundesrat und bürgerlicher Ratsmehrheit verlangte ausgabenseitige Sanierung der ALV ist unsozial. Das Vorgehen droht dieses wichtige Instrument dadurch auch für jede grössere Wirtschaftskrise untauglich zu machen. Die ALV muss für die Arbeitnehmenden ein Garant für soziale Sicherheit sein. Darum ist auf einen Leistungsabbau zu verzichten. Zur nachhaltigen Finanzierung der ALV sollen künftig Beiträge an die ALV

analog zum System der AHV auf dem gesamten Lohn erhoben werden müssen. Zwischenzeitlich müssen die oberen Einkommen zumindest mit dem Solidaritätsprozent ihren Sanierungsbeitrag leisten.

Beschluss Parteitag: Angenommen